

powi fuer industriemechaniker

<http://worgtsone.scienceontheweb.net/worgtsone/> - [mailto: worgtsone @ hush.com](mailto:worgtsone@hush.com)

Mon Aug 8 11:02:06 CEST 2011 – 16. März 2012

Inhaltsverzeichnis

1 Lehrplan	4
I 1. Lehrjahr	5
2 Politik. Wirtschaft. Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung	6
2.1 Fragen	6
2.2 Art. 20 GG und die Vierte Gewalt	7
2.3 Fragen	7
3 Duales System d. Berufsausbildung. Schule+Betrieb. Tertiäre Ausbildung (?)	7
3.1 Fragen zu S8 im Powi-Buch	7
3.2 Fragen zu S9 im Powi-Buch	7
3.3 Fragen zu S10-13 im Powi-Buch	7
4 Viele Jahre Deutsche Geschichte	8
4.1 wiki : Osmanisches Reich	9
5 Berufsausbildungsgesetz, Ausbildungsordnung, BAV, Jugendarbeitsschutzgesetz	10
6 Arbeitsschutz	10
7 Aufgaben d. Geldes. Zahlungsverkehr	11
8 Sozialversicherung. Lohn+Einkommen. Rentenvorsorge.	11
9 Zahlungsarten. Sparen. Formen. Risiken der Geldanlage	11
9.1 mehr Geld ausgegeben als eingenommen : Haushaltsplan!	11
9.2 bißchen Geld übrig : sparen!	11
9.3 viel Geld übrig : investieren!	11
9.3.1 Selbstbewohnte Immobilie kaufen	11
9.4 Viel zu wenig Geld : Kredit?	11
10 Steuern : Einteilung, Aufkommen, Gerechtigkeit	12
10.1 Fragen	12
11 Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit	12
12 Kaufvertrag	12
13 KA 1	12
14 Rechtsgeschäfte : einseitig, mehrseitig, nichtig	12
15 Kaufvertrag : Störungen. Fragen	12
16 Wichtige sonstige Vertragsarten	12

17 Mahnung, Mahnbescheid, Vollstreckung, Mahn- und Klageverfahren	12
18 Reale Kaufverträge	12
19 Lohn : Zeit-, Akkord-, Prämien-	12
20 Steuerarten. Lohnabzüge	12
21 KA 2	12
22 Jugendarbeitslosigkeit	12
23 Berufsunfähigkeit und Absicherung	12
24 Vorteile des Euro	12
25 Integration in D	13
26 Risiken in Beruf, Straßenverkehr	13
27 Datenschutz	13
28 Arbeitszeugnis : Form. Code. Übung.	13
29 Arbeitsvertrag	13
30 Beendigung des Arbeitsverhältnisses : Kündigung. Arten.	13
31 Arbeitszeitgesetz, Urlaubsgesetz	13
32 Ziele des Schwerbehindertengesetz	13
33 Mindestlöhne?	13
34 KA 3	13
35 EU	13
36 Qualität. Gentechnik Pro und Con	13
II 2. Lehrjahr	14
37 Gerechter Lohn ? Leistungsmessung	15
38 Wahlbeteiligung. Akkordlohnberechnung	15
39 DDR als Staat. Insolvenz im Betrieb	15
40 KA 4	15
41 Mauer. Wiedervereinigung. Umfrage.	15
42 Reform der Sozialsysteme. Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik.	15
43 Tarifvertrag und Lohnfindung	15
44 KA 5	15

Disclaimer

Wissen ist zum Teilen da. Ich teile mein Wissen mit Ihnen, lieber Kollege.
Ich bin aber nicht perfekt. Unter worgtsone@hush.com nehme ich dankbar Ihre
Verbesserungsvorschläge entgegen.

*

Legal Blurb: Alle Informationen in diesem Dokument sind falsch, unvollständig,
irreführend, irrelevant und / oder funktionieren einfach nicht.
Wenn Sie es trotzdem benutzen, und es geht dabei etwas kaputt, ist das Ihr Problem,
nicht meins.

*

Bitte teilen Sie meine Web-Adresse nicht Ihren Schülern mit.

1 Lehrplan

Inhalte der schriftlichen Prüfung

Prüfungsgebiet	Teilgebiet	Prüfungsinhalt	Erliegt
Berufsausbildung <i>Grundstufe</i> <i>1. Jahr</i>	Rechtliche Grundlagen	Berufsbildungsgesetz ✓	
		Berufsausbildungsvertrag: Partner, Abschluss, Dauer, Beendigung ✓	
		Gegenseitige Rechte und Pflichten aus dem Berufsausbildungsvertrag ✓	
	Fortbildung und Umschulung	Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung ✓	
		Staatliche Fördermaßnahmen ✓	
Betrieb <i>Grundstufe</i> <i>1. Jahr</i>	Aufbau, Aufgaben und Unternehmensformen eines Betriebes und seine Stellung in der Wirtschaft ↑	Aufbau eines Industriebetriebes ✓	
		Aufgaben eines Betriebes: Beschaffung, Produktion, Absatz ✓	
		Stellung des Industriebetriebes in der Wirtschaft ✓	
		Ziele der Betriebe: Gewinnerzielung, Kostendeckung, Marktversorgung ✓	
		Betriebliche Kenngrößen: Produktivität, Wirtschaftlichkeit, Rentabilität ✓	
		Wichtige Einzelunternehmen	

Teil I
1. Lehrjahr

2 Politik. Wirtschaft. Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland regelt das Zusammenleben der natürlichen und juristischen Personen mittels Gesetzen und Verordnungen.

Es basiert im wesentlichen auf der Verfassung ("Grundgesetz", GG), dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), dem Strafgesetzbuch sowie vielen weiteren Gesetzbüchern zB für steuerliche, verkehrstechnische und soziale Aspekte. Das GG regelt auch die Aufteilung der BR Deutschland in 16 Bundesländer. Diese können wiederum in Regierungsbezirke, (Land-)kreise und Kreisfreie Städte unterteilt werden, die (Land-)Kreise zudem in Gemeinden. In Hessen gibt es 624 Gemeinden, davon 189 Städte. Bundesweit gibt es 11334 Gemeinden, davon 2065 Städte. (Stand: 5. September 2011)

wiki : Die Gemeinden sind dem öffentlichen Wohl verpflichtet, sodass ihre Betätigung sowohl einen öffentlichen Zweck erfüllt als auch der Daseinsvorsorge dient. Neben Pflichtaufgaben (etwa Meldewesen, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung) gibt es freiwillige Leistungen (meist im Sozial- und Kulturbereich wie Theater, Sport, Stadtbibliothek). Welche freiwilligen Aufgaben eine Kommune wahrnimmt, richtet sich nach ihrer (finanziellen) Leistungsfähigkeit und wird vom örtlichen politischen Willen bestimmt.

Gemeinden bezeichnen die territorial definierten Einheiten des politischen Systems, denen nach der Verfassung die Regelung der "Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung" (Art. 28 (2) GG) übertragen ist. Kommunale Parlamente und politische Verwaltungen sind als formale politische Organe für die Ausgestaltung dieser Aufgabe zuständig.

Gemeinden legen Steuersätze fest (und können damit indirekt die lokale Wirtschaft beeinflussen), schreiben aber keine Gesetze.

Hessen hat, wie die anderen Bundesländer auch, eine eigene Verfassung.

wiki : Am 30. Juni 1946 fanden Wahlen zur verfassungsberatenden Landesversammlung statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 71 % erzielte die SPD 44,3 %, die CDU 37,3 %, die KPD 9,7 % und die FDP 6 %.

Die Landesversammlung verabschiedete am 30. September 1946 den Entwurf der Hessischen Verfassung. Am 1. Dezember 1946 fand die Volksabstimmung über die Verfassung statt: die Wähler stimmten mit 76,4 % für die Gesamtverfassung [...]

Hessen hat ferner ein Parlament mit Fraktionen, eine Regierung aus Ministern und Vorsitzendem, und ein paar Stimmen im Bundesrat.

2.1 Fragen

1. Der obige Text zeigt das Entstehen von Gesetzen. Diese sind zunächst mal nur bedrucktes Papier. Wie wird dafür gesorgt, daß die Regeln befolgt werden?
2. In Art.20 GG wird festgelegt, daß der Souverän (Herrscher) der BR Deutschland das Volk ist. Wer hätte demzufolge über die Annahme einer Verfassung zu entscheiden?
3. Welche Aufgaben hat der Bundesrat?
4. Wo kann man als Politiker seine Karriere starten? Wie vergrößert man seine Aufstiegschancen? Wohin steigen Politiker ggf auf?
5. Was ist der Unterschied zwischen einer natürlichen und einer juristischen Person? ¹
6. "Ferner ein Parlament mit Fraktionen, eine Regierung aus Ministern und Vorsitzendem, und ein paar Stimmen im Bundesrat."
Wie heißen diese auf Hessisch?
7. Was bedeutet "repräsentative Demokratie"?

2.2 Art. 20 GG und die Vierte Gewalt

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

2.3 Fragen

1. Was heißt demokratisch? Geht es auch anders?
2. Was heißt sozial?
3. Wer ist das Volk?
4. Welche drei Gewalten sind in (2) und (3) erwähnt?
5. Welches ist die 4. Gewalt?
6. Was ist "Wahlen und Abstimmungen"?
7. Was ist Recht?
8. Wann ist Widerstand zulässig? Ist er lt. diesem Gesetz in allen anderen Fällen verboten?

3 Duales System d. Berufsausbildung. Schule+Betrieb. Tertiäre Ausbildung (?)

3.1 Fragen zu S8 im Powi-Buch

1. Was ist Allgemeinbildung?
2. Warum wird sie in den beruflichen Schulen vermittelt?
3. Überzeugen Sie mich, daß sich eine Ausbildung lohnt. 2 Argumente + Quelle.

3.2 Fragen zu S9 im Powi-Buch

1. Was bedeutet dual? Was bedeutet Duales System?
2. Sie sind PersonalChef und überlegen, ob Sie einen Ausgelernten aus dem dualen oder dem schulischen System einstellen sollen. Was spricht für wen?
3. Was regelt die Berufsausbildung?

3.3 Fragen zu S10-13 im Powi-Buch

1. Wozu gibt es Berufsfelder?
2. Warum wird Wert auf eine umfassende Grundbildung gelegt? Was ist das überhaupt?
3. Wie könnte es nach der Berufsausbildung weitergehen?
4. Was ist Projekt-Kompetenz?
5. Was ist Sozial-Kompetenz?

4 Viele Jahre Deutsche Geschichte

Ordne die folgenden Sätze nach Zeitpunkt:

1. (.....) Am 30. Januar, kurz nach dem Reichstagsbrand, wird A. Hitler zum Reichskanzler ernannt. Im selben Jahr folgen "Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich", "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" und "Ermächtigungsgesetz".
2. (.....) Im Reichsdeputationshauptschluß wird das Zweite Reich für beendet erklärt. Kirchliche Fürstentümer werden säkularisiert.
3. (..... -) Euro-Einführung.
4. (..... -) Kaiser Wilhelm II. erklärt am 1. August Rußland den Krieg. Er endet mit dem Vertrag von Versailles. Er kostete 17 Mill. Leben.
5. (..... -) Otto v. Bismarck ist Reichskanzler unter und führt Versicherungen gegen Unfall, Invalidität, Krankheit und Altersarmut ein.
6. (.....) Der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten besiegen Frankreich im Französisch-deutschen Krieg und proklamieren Wilhelm I. im Spiegelsaal von Versailles als Deutschen Kaiser.
7. (.....) Vertrag von Lissabon.
 Inhaltlich übernahm der Vertrag von Lissabon die wesentlichen Elemente des EU-Verfassungsvertrags, der 2005 in Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden war. [...] [.....]
 Bei der Ratifikation des Vertrags kam es in mehreren Mitgliedstaaten zu Schwierigkeiten. Insbesondere ein ablehnendes Referendum in Irland im Sommer 2008 verzögerte den ursprünglichen Zeitplan. Nach einer Wiederholung des Referendums im Herbst 2009 trat der Vertrag schließlich zum 1. Dezember 2009 in Kraft.
8. (..... -) Im Dreißigjährigen Krieg kämpfen Katholische Liga und Protestantische Union sowie Habsburg und Frankreich um die Vorherrschaft im Reich.
 Kriegshandlungen, Hungersnöte und Seuchen verheerten und entvölkerten ganze Landstriche. In Teilen Süddeutschlands etwa überlebte nur ein Drittel der Bevölkerung.
9. (..... -)
 Die Spanische Grippe war eine Pandemie, die [...] durch einen ungewöhnlich virulenten Abkömmling des Influenzavirus (Subtyp A/H1N1) verursacht wurde und mehrere Dutzend Millionen Todesopfer forderte. Der fachwissenschaftlichen Literatur zufolge betrug die Zahl der Todesopfer mindestens 25 Millionen; in ihrer Bilanz in der Fachzeitschrift 'Bulletin of the History of Medicine' vom Frühjahr 2002 kamen die Autoren sogar auf knapp 50 Millionen Todesopfer.
10. (.....) Kaiser Karl der Große wird in Aachen gekrönt. Damit entsteht das spätere Heilige Römische Reich Deutscher Nation.
11. (.....) Nach den Novembereufständen wird die Weimarer Republik gegründet.
12. (..... -) Der Zweite Weltkrieg legt halb Europa, Nordafrika, den westlichen Pazifik in Schutt und Asche. In den nächsten 45 Jahren bekriegen sich (.....) und (.....) "kalt".
13. (.....), 19. August : "Volksabstimmung" (?) zur Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers in der Person Adolf Hitlers. Am gleichen Tag wird die Reichswehr auf ihn vereidigt. Damit sind alle wichtigen Ämter auf ihn vereinigt: es gibt keinerlei Kontrollinstanzen mehr.
14. (.....) Wiedervereinigung

1803 – 800 – 1999-2002 – 1871 – 1871-1890 - 1914-1918 – 1934 – 2009 – 1939-1945 – 1933 – 1618-1648 – 1918-1920 – 1989 – 1919

Hinweis: Mohamed (ca. 570-632). Hidschra (Auszug nach Medina): 622.

4.1 wiki : Osmanisches Reich

Ab 1299 machte Osman seinen Beylik zunehmend unabhängig vom Reich der Rum-Seldschuken. Dieses Jahr wird daher traditionell als das Gründungsjahr des Osmanischen Reiches angesehen. – Bursa fiel kurz vor Osmans Tod im Jahre 1326.

Iznik wurde 1331 von seinem Sohn und Nachfolger Orhan erobert, nachdem er 1329 bei Maltepe (Pelekanon) eine byzantinische Armee besiegt hatte. Orhan hatte 1326 ein Fürstentum geerbt, das knapp halb so groß wie die heutige Schweiz war. Er machte Bursa zur Hauptstadt, und bis zur Eroberung Konstantinopels im Jahre 1453 blieb es die Grablege der osmanischen Sultane.

Außerdem baute er die Janitscharen auf, die in den nächsten Jahrhunderten die Elitetruppe der osmanischen Armee darstellen sollte.

Noch zu Orhans Lebzeiten begann die Expansion nach Europa durch Überschreiten des Marmarameers (Marmara Denizi), 1354 wurde mit Gallipoli (Gelibolu) die erste Stadt auf europäischem Boden erobert. 1361 gelang die Einnahme Adrianopels (Edirne), der zweitgrößten byzantinischen Stadt, nach der Schlacht an der Mariza (1371) folgte der Übergriff auf Makedonien (1371) und Bulgarien (1385 und 1396). 1389 gelang Murad I. in der Schlacht auf dem Amselfeld ein Sieg über die verbündeten christlichen Fürsten aus Serbien und Bosnien.

Konstantinopel fiel nach 54tägiger Belagerung am 29. Mai 1453. Nach den für diese Zeit üblichen Plünderungen wurde die Stadt die neue Hauptstadt des Osmanischen Reichs, und man versuchte, die alte Bevölkerung – wie Griechen und Juden – zum Bleiben zu bewegen und neue dort anzusiedeln. Die Hagia Sophia wurde zur Moschee Ayasofia.

Die Ära Süleyman I. (1520–1566) wird meist als Höhepunkt der Macht des Osmanischen Reichs betrachtet. In der osmanischen und türkischen Geschichtsschreibung erhielt er den Beinamen "Kününa" ("Gesetzgeber"), da unter seiner Herrschaft eine Reihe von Gesetzen entstanden, die Lücken in den Bestimmungen der Schari'a ausfüllen und das positive Recht festigen und kodifizieren sollten.

Unterdessen nutzte Süleyman I. 1529 die Lage, um erstmals Wien zu belagern, was aber nicht von Erfolg gekrönt war.

Je weniger Truppen sich durch Timare selbst finanzieren konnten, desto mehr mussten besoldet werden, was die Hohe Pforte vor finanzielle Aufgaben stellte, die sie nicht bewältigen konnte. Die Mittel, mit denen die Großwesire und der Diwan zur Behebung der seit dem 16. Jahrhundert chronischen Finanznot des Reiches griffen, verschlimmerten die Krise. Zum einen wurde die Steuerpacht eingeführt [..]: Das Recht, eine bestimmte Steuer einzukassieren, wurde versteigert, wodurch der Fiskus die Summe sofort erhielt. Die "Mültezim" genannten Steuerpächter versuchten nun, deutlich mehr an Steuern aus dem ihnen zugewiesenen Gebiet herauszupressen als sie bei der Auktion bezahlt hatten, was sie bei der steuerpflichtigen Landbevölkerung verhasst machte. In der Folge breitete sich allgemeine Korruption im Osmanischen Reich aus – ohne "Geschenke" oder Schmiergelder ging bei den Behörden gar nichts mehr. Hierzu trug auch seit dem 17. Jahrhundert verbreitete Käuflichkeit von Ämtern bei.

Mit der Entdeckung des Seewegs um Afrika herum verloren die Osmanen ihr Monopol auf den Indienhandel.

Ein zunehmendes Problem für den Vielvölkerstaat der Osmanen war der Nationalismus der sich zunehmend als eigenständige Völker begreifenden Gruppen in den von ihnen besetzten Gebieten. Diese erhoben vehement Anspruch auf Repräsentation in eigenen Staaten. Zunächst erhoben sich 1804 die Serben; bis 1830 erhielten sie eine weitgehende Autonomie.

Eine erneute Reformphase (1838–1876) begann[.]. Sie stellten die Nichtmuslime im Reich auf die gleiche Stufe wie die Muslime und führten ein neues Justizsystem ein, organisierten das Steuersystem neu und legten eine allgemeine Dienstpflicht in der Armee fest. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte wurden auch die Steuerpachten abgeschafft. Die zerrütteten Staatsfinanzen führten am 13. April 1876 zur Erklärung des Staatsbankrotts.

Da die anderen europäischen Mächte wiederum ihre Interessen bedroht sahen und ein europaweiter Krieg drohte, wurde 1878 der Berliner Kongress organisiert, dessen Hauptinitiator Bismarck war. Hier erhielten Serbien und Montenegro ihre Unabhängigkeit, und die schon vorher in Personalunion regierte Walachei mit der Moldau schlossen sich zu dem selbstständigen Staat Rumänien zusammen. Der Berliner Kongress wurde mit dem Berliner Vertrag abgeschlossen, der u.a. mehrere Artikel des Friedens von San Stefano dermaßen revidierte, dass der alleinige russische Einfluss auf das Osmanische Reich in Einfluss aller europäischen Mächte auf das Reich erweitert wurde.

Die nationalistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts waren eine starke Kraft gewesen. [..] Es entstand eine Widerstandsbewegung gegen die Besatzungsmächte, die die Reste des Reichs in Interessensphären aufgeteilt hatte. Die führende Rolle spielte dabei der türkische General Mustafa Kemal. Seine Rolle in den folgenden Auseinandersetzungen wurde als derart bedeutsam eingestuft, dass das türkische Parlament ihm den Beinamen Atatürk ("Vater der Türken") verlieh.

... schaffte die Regierung in Ankara unter Mustafa Kemal am 1. November 1922 das Sultanat ab. [..] Damit endete am 4. November 1922 das Osmanische Reich.

5 Berufsausbildungsgesetz, Ausbildungsordnung, BAV, Jugendarbeitsschutzgesetz

6 Arbeitsschutz

Buch Nuding/Haller S. 31–36. Fragen S. 37.

7 Aufgaben d. Geldes. Zahlungsverkehr

Zahlarten : bar, Scheck, Geldkarte, Kreditkarte, Lastschrift (Einzugsermächtigung), Überweisung.

Vorteile + Nachteile bargeldlosen Zahlens:

+ schnell, billig, sicher, häufig rückgängig machbar

- Datenkraken, wenig Übersicht. Bares hat eine eigenartige Überzeugungskraft.

8 Sozialversicherung. Lohn+Einkommen. Rentenvorsorge.

Arbeitgeberkosten = Brutto + AG-Anteil SozVers. + UnfallV + sonst. Kosten.

Bruttolohn = Nettolohn - AN-Anteil SozVers. - Lohnsteuer.

SozVers. = Rente + Arbeitslosigkeit + Kranken + Pflege.

Netto = verfügbares Einkommen + Verbrauchssteuern

Verbrauchssteuern = USt + TabakS + BranntweinS + VersicherungsS + KfzS + GrundS + GrundErwerbS + SalzS

+ KaffeeS + TransaktionsS + QuellenS

Umsatzsteuer = "Mehrwertsteuer"

*

9 Zahlungsarten. Sparen. Formen. Risiken der Geldanlage

4 Fälle:

9.1 mehr Geld ausgegeben als eingenommen : Haushaltsplan!

alle Einnahmen - alle Ausgaben, auch die wöchentlichen und jährlichen. Einnahmen erhöhen, Ausgaben senken. Sparpotential ermitteln.

9.2 bißchen Geld übrig : sparen!

Jahreszinsen? Risiko? Inflation. Formen.

9.3 viel Geld übrig : investieren!

Aktien. Fonds. Optionen. Beteiligungen. Staatsanleihen (Renten). Sachwerte.

Tabelle : Potential vs Risiko. Spekulativ vs. Konservativ. Flexibilität.

9.3.1 Selbstbewohnte Immobilie kaufen

Franz bewohnt am 01.01.2000 eine 70qm-Wohnung, die er irgendwann kaufen will. Zur Zeit zahlt er 8EUR/qm Kaltmiete + 2EUR/qm Nebenkosten. Die Wohnung wird 1000EUR/qm kosten.

Franz reserviert die 1,5fache Miete zum Erwerben der Wohnung. Jeden Monat.

a) Fall 1: Franz mietet, bis er die Wohnung vom Gesparten kaufen kann. Wann wird das sein?

b) Fall 2: Franz mietet, bis er den halben Kaufpreis angespart hat. Dann kauft er sie mit dem Gesparten und einem Kredit. Der Kredit kostet am Jahresende 5% der Kreditsumme am Jahresanfang Zinsen. Wann ist es seine?

c) Fall 3: Franz kauft sie sofort mit einem Kredit, ohne zu sparen. Der Kredit kostet am Jahresende 5% der Kreditsumme am Jahresanfang Zinsen. Wann ist es seine?

9.4 Viel zu wenig Geld : Kredit?

Schriftlicher Vertrag. Zinsen. Tilgung. Verbrauchsgüter. Investitionen.

10 Steuern : Einteilung, Aufkommen, Gerechtigkeit

10.1 Fragen

11 Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit

12 Kaufvertrag

13 KA 1

14 Rechtsgeschäfte : einseitig, mehrseitig, nichtig

15 Kaufvertrag : Störungen. Fragen

16 Wichtige sonstige Vertragsarten

17 Mahnung, Mahnbescheid, Vollstreckung, Mahn- und Klageverfahren

18 Reale Kaufverträge

19 Lohn : Zeit-, Akkord-, Prämien-

20 Steuerarten. Lohnabzüge

21 KA 2

22 Jugendarbeitslosigkeit

23 Berufsunfähigkeit und Absicherung

24 Vorteile des Euro

gack

- 25 Integration in D**
- 26 Risiken in Beruf, Straßenverkehr**
- 27 Datenschutz**
- 28 Arbeitszeugnis : Form. Code. Übung.**
- 29 Arbeitsvertrag**
- 30 Beendigung des Arbeitsverhältnisses : Kündigung. Arten.**
- 31 Arbeitszeitgesetz, Urlaubsgesetz**
- 32 Ziele des Schwerbehindertengesetz**
- 33 Mindestlöhne?**
- 34 KA 3**
- 35 EU**
- 36 Qualität. Gentechnik Pro und Con**

Teil II
2. Lehrjahr

- 37 Gerechter Lohn ? Leistungsmessung**
- 38 Wahlbeteiligung. Akkordlohnberechnung**
- 39 DDR als Staat. Insolvenz im Betrieb**
- 40 KA 4**
- 41 Mauer. Wiedervereinigung. Umfrage.**
- 42 Reform der Sozialsysteme. Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik.**
- 43 Tarifvertrag und Lohnfindung**
- 44 KA 5**

Notes

¹ Eine juristische Person oder auch juristische Einheit ist eine Personenvereinigung oder eine Vermögensmasse, die aufgrund gesetzlicher Anerkennung rechtsfähig ist, das heißt selbst Träger von Rechten und Pflichten sein kann, dabei aber keine natürliche Person ist.
Eine natürliche Person ist der Mensch in seiner Rolle als Rechtssubjekt, d. h. als Träger von Rechten und Pflichten.